



## Rot-Rot-Grün - für einen echten Politikwechsel im Saarland

### **Die Landesmitgliederversammlung der Grünen Jugend Saar möge beschließen:**

Die Grüne Jugend Saar spricht sich für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit SPD und Linkspartei aus. Aus diesem Grund fordert die Grüne Jugend Saar alle Delegierten von Bündnis90/Die Grünen Saar auf am kommenden Sonntag für die Eröffnung von Koalitionsverhandlungen mit SPD und Linkspartei zu votieren.

### **Begründung:**

Bündnis90/Die Grünen Saar und die Grüne Jugend Saar haben im zurückliegenden Landtagswahlkampf unter dem Motto „Zeit für Veränderung – Jetzt! Für Umwelt, Klima, Bildung und Gerechtigkeit“ gemeinsam für einen Politikwechsel an der Saar gekämpft.

Nach der Landtagswahl vom 30. August stehen den saarländischen Grünen zwei Koalitionsoptionen offen. Wir loben hierbei ausdrücklich die Arbeit der Verhandlungsgruppe, die in beiden Verhandlungen eine deutliche grüne Handschrift durchgesetzt hat und große inhaltliche Forderungen durchsetzen konnte. Ein wirklicher Politikwechsel hin zu einer nachhaltigen, sozialen und ökologischen Politik ist trotzdem aber nur mit einer Parteienkonstellation möglich, nämlich mit einem rot-rot-grünen Bündnis.

Peter Müller, der in zehn Jahren CDU-Alleinregierung für eine unsoziale und unökologische Politik stand, wurde am 30. August fulminant abgewählt. Die saarländischen Grünen dürfen nicht zur Mehrheitsbeschafferin von Peter Müller werden. Der Politikwechsel muss auch personell erfolgen, das heißt es muss einen neuen Ministerpräsidenten geben. Der Spitzenkandidat der SPD Heiko Maas ist der glaubhafte Kandidat für einen wirklichen Politikwechsel. Neben diesem schwerwiegenden personellen Argument für ein rot-rot-grünes Bündnis, gibt es eine Vielzahl inhaltlicher Gründe, die für eine solche Koalition sprechen.

Die Bildungspolitik der CDU-Alleinregierung war geprägt von Grundschulschließungen, dem starren Festhalten am ungerechten gegliederten Schulsystem, Studiengebühren und G8. Selbst wenn CDU und FDP auf diesem Gebiet zu weitreichenden Zugeständnissen bereit sind, wird niemals das Maß an Übereinstimmung, das wir Grüne mit SPD und Linkspartei haben, erreicht werden. Wenn CDU und FDP tatsächlich die Abschaffung der Studiengebühren anbieten und dies gleichsam als großes Entgegenkommen verkaufen, kann nur darauf verwiesen werden, dass in einem rot-rot-grünen Bündnis die Abschaffung der Studiengebühren bereits Konsens ist. Am deutlichsten wird der Unterschied zwischen „Jamaika“ und Rot-Rot-Grün in Hinblick auf das gegliederte Schulsystem. Während das von uns Grünen geforderte längere gemeinsame Lernen in einem Bündnis mit SPD und Linkspartei Konsens ist, klammern sich FDP und CDU an das ungerechte gegliederte Schulsystem. Das im Raum stehende Angebot von CDU und FDP das so genannte „Hamburger Modell“ zu prüfen, ist

---

### **Bankverbindung:**

Bank: Sparda Südwest eG  
Kontonummer: 514 17 88  
Bankleitzahl: 550 905 00

[www.gruenejugendsaar.de](http://www.gruenejugendsaar.de)

schlicht zu wenig. Oft führen Jamaika-BefürworterInnen an, dass eine Verfassungsänderung notwendig ist um weitreichende Änderungen im Schulsystem durchzuführen. Es besteht aber keineswegs die Gewissheit, dass SPD und Linke aus der Opposition heraus den Grünen dabei helfen werden Verfassungsänderungen durchzusetzen, nachdem die Grünen SPD und Linke auf die Oppositionsbank geschickt haben. Ein Wechsel im Bildungssystem lässt sich auch ohne Verfassungsänderung durchführen, schließlich gibt es auch heute Gesamtschulen im Saarland.

Eine unserer zentralen Forderungen im Wahlkampf war, dass eine neue Landesregierung die Energiewende vorantreiben muss, nachdem die CDU selbiges zehn Jahre lang verhindert hat. Auch auf diesem Politikfeld, sind die Schnittmengen zwischen uns Grünen mit SPD und Linkspartei enorm. CDU und FDP hingegen sind überall in Deutschland die größten Hemmnisse für die Energiewende. Niemand sollte so naiv sein zu glauben, dass das Saarland dabei eine Ausnahme darstellen wird, auch wenn es auf diesem Gebiet immense Zugeständnisse von Seiten der CDU und der FDP gibt. Die Energiewende ist zu wichtig, um sich bei ihrer Umsetzung auf plötzliche Wandlung von CDU/FDP zu verlassen. SPD und Linke sind auf diesem Gebiet weitaus verlässlichere Partner.

Im Koalitionsvertrag können nicht alle Schwierigkeiten der nächsten Jahre vorhergesagt werden, daher ist es für eine stabile Regierung, die eine Legislaturperiode halten soll, immens wichtig, dass es in zentralen Fragen von vornherein große programmatische Übereinstimmungen gibt. Mit SPD und Linken besaßen wir Grüne diese großen programmatischen Übereinstimmungen bereits vor den Sondierungen.

CDU und FDP hingegen haben während der Sondierungen ihre Programme praktisch komplett aufgegeben. Zum einen ist das demokratisch sehr bedenklich, denn die CDU- und FDP WählerInnen wurden zwecks Machterhalt von den Parteien ihrer Wahl „verkauft“. Zum anderen darf bezweifelt werden, dass die Basen von CDU und FDP eine Jamaika-Koalition unter diesen Voraussetzungen fünf Jahre lang mittragen werden. Oftmals wird behauptet, dass dies das Problem von CDU und FDP wäre. Da dieses Problem aber die Stabilität und Arbeit einer Jamaika-Regierung gefährdet, wird es automatisch auch zu unserem Problem.

Nicht vergessen werden darf ebenfalls, dass bei den Sondierungen nicht über alle Themen gesprochen werden. So wurde z.B. noch nicht über das Thema Kampf gegen Rechts gesprochen. Als Mitglied des Netzwerks für Demokratie und Courage haben wir in den letzten Jahren hautnah miterleben dürfen, was die CDU vom Kampf gegen Rechts hält. Wir müssen befürchten, dass die CDU nach ihren immensen Zugeständnissen bei einer Vielzahl von Themen, die noch nicht besprochenen Themen nutzen wird um eigene Verhandlungserfolge zu verbuchen. Das Thema Kampf gegen Rechts soll hierbei nur als Beispiel angesehen werden, auf Grund der Kürze der Zeit war es der Verhandlungsgruppe nicht möglich alle Themen anzusprechen. Mit SPD und Linken wiederum sollten uns auch auf den nicht angesprochenen Themenfeldern keine Überraschungen mehr erwarten, da die programmatische Nähe extrem groß ist.

Die einzigen Streitpunkte, die scheinbar einer rot-rot-grünen Koalition im Wege stehen, sind der Bergbau und personelle Differenzen. Daher soll dazu ebenfalls Stellung bezogen werden.

Die Linke hat bereits angeboten, dass auch sie einem Bergbauende im Jahre 2012 zustimmen wird, während die SPD bereits im Wahlkampf ihre Forderung nach einem längeren Bergbau aufgegeben hat. Klar muss hierbei auch sein, dass es mit uns keinen weiteren Bergbau mehr geben wird. Die Forderung der Linken nach einem sozialverträglichen Ausstieg sollte für uns selbstverständlich sein. Fest steht es darf beim Bergbauende kein Nachgeben von unserer Seite geben. Nach den Ankündigungen von SPD und Linken, sehen wir aber keinen Grund Jamaika Rot-Rot-Grün auf Grund des Bergbaus vorzuziehen.

Die persönlichen Differenzen zwischen Georgi/Spaniol und einigen saarländischen Grünen dürfen nicht über Sachfragen dominieren. Es wäre fatal, wenn der Politikwechsel im Saarland an persönlichen Animositäten scheitert. Das Wohl der SaarländerInnen und Saarländer muss im Zentrum jeglicher Koalitionsüberlegungen stehen.